

# Landes-SGK EXTRA

# Sachsen-Anhalt/Thüringen/Sachsen

SGK Sachsen-Anhalt e.V. / SGK Thüringen e.V. / SGK Sachsen e.V.

# Einsatz für Kinderkliniken

Zukunft im ländlichen Raum?

Ein Beitrag von Katharina Zacharias, Stadträtin in Haldenleben und Mandy Schuhmacher, Bürgermeisterin der Hansestadt Gardelegen

Es ist mitten in der Nacht und man wacht vom Schreien des eigenen Kindes auf. Es hat schlimmes Fieber und bekommt vor lauter Husten kaum noch Luft. Das letzte Zäpfchen ist gerade mal drei Stunden her und während man sein weinendes Kind in den Armen hält, wünscht man sich nichts sehnlicher als Hilfe.

Alle Eltern kennen solche Situationen. Man ist verzweifelt, fühlt sich hilflos und unsicher. Doch was ist, wenn die so dringend benötigte Hilfe etliche Kilometer entfernt ist? Was ist, wenn man mit dem leidenden kleinen Wesen mindestens eine dreiviertel Stunde Autofahrt vor sich hat, um zu einem Kinderarzt zu gelangen? Was ist, wenn man gar kein Auto hat? Auch das kennen etliche Eltern. Insbesondere dann, wenn sie im ländlichen Raum wohnen.

Dass unser Gesundheitssystem Schwächen hat, ist hinlänglich bekannt. Dass die Fallpauschalen (DRGs) nicht die Lösung, sondern ein Teil des Problems sind, wird dank dem Vorstoß von Manuela Schwesig demnächst wohl auch im Bundesrat ausführlich diskutiert werden. Denn die Leidtragenden davon sind in erster Linie Kinder.

Kindermedizinische Versorgung gehört genauso wenig zur Grundversorgung wie die Geburtshilfe. Beides ist eng miteinander verbunden. Für beides ist ein enorm hoher Betreuungsaufwand vonnöten, der sich in den DRGs leider nur bedingt niederschlägt. Bricht an einem Standort die Kinderklinik und damit die Anwesenheit eines Kinderarztes weg, dann folgt kurz darauf meist die Schließung des Kreißsaals, weil dort ohne Kinderarzt keine Risikoschwangerschaften mehr entbunden werden



Mandy Schumacher

Foto: privat

dürfen. Somit fallen gerade kleinere Kreißsäle schnell unter die nötigen Fallzahlen und werden wegrationalisiert. Da ein erheblicher Teil der Patientinnen auf einer gynäkologischen Station naturgemäß Schwangere sind, wird die Gyn bei Schließung der Entbindungsstation, durch das Wegfallen der Hebammen, oft gleich mit geschlossen.

So wird Frauen und Kindern der Zugang zu stationärer medizinischer Versorgung immer mehr erschwert und es gibt ganze Landkreise, in denen dies schon nicht mehr möglich ist. Ein Beispiel dafür ist der Landkreis Börde in Sachsen-Anhalt. Auf einer Fläche fast vergleichbar mit dem Saarland ist seit nun mehr als drei



Katharina Zacharias

Foto: Doermer

Jahren keine dieser Stationen mehr vorhanden. Dass dieser Umstand die Attraktivität der ganzen Region für junge Paare und Familien gefährdet, ist den Akteuren vor Ort schmerzlich bewusst. Kreistagsfraktion und Kreisvorstand der SPD Börde sind händeringend auf der Suche nach alternativen Konzepten. Die Idee eines Geburtshauses, welches vom Kreis gefördert werden könnte, scheiterte jedoch an verschiedenen Faktoren. Die Versicherungen für Hebammen sind einfach zu hoch. Außerdem könnten auch hier ohne Kinderarzt nur risikofreie Schwangere entbinden und schon kommt man durch daraus resultierende geringere Fallzahlen und die DRGs wieder in eine finanzielle Abwärtsspirale. Bei

# Inhalt

Sachsen-Anhalt Einsatz für Kinderkliniken

Sachsen-Anhalt braucht Aufbruch statt Stillstand

Thüringen Erholung und Badespaß

Novelle der Thüringer Kommunalordnung

**Sachsen**Dresden beseitigt weiße Flecken

Leipziger Förderprogramm für Lastenräder erfährt großen Zuspruch

Sachsen-Koalition will sächsisches Kommunalrecht weiter modernisieren auftretenden Komplikationen wäre die nächste gynäkologische Station bis zu 40 km entfernt, das kann im Ernstfall schlicht zu weit sein.

Umso mehr Unmut regt sich, seit bekannt geworden ist, dass die Kinderstation im benachbarten Gardelegen (Altmarkkreis Salzwedel) zur Diskussion steht. Auch hier ist es eine Mischung aus zu hohen Kosten und Personalmangel, der die Salus Altmark Holding gGmbH in Bedrängnis bringt. Gardelegen folgt von der Fläche her Berlin und Hamburg als drittgrößte Stadt Deutschlands und besteht neben der Stadt an sich aus weiteren 48 Ortsteilen und zahlreichen kleineren Wohnplätzen. Das Wegbrechen der stationären Versorgung für Kinder hätte auch hier weitreichende Folgen. Der Altmarkkreis Salzwedel ist nur unwesentlich kleiner als sein Nachbarkreis Börde und hat wie viele Regionen mit dem demografischen Wandel zu kämpfen. Dieser Entwicklung stellt sich die SPD-Bürgermeisterin Mandy Schumacher entschlossen entgegen.

Dass sie das kann, beweist das Projekt des "Gardelehrers", bei dem die Stadt Gardelegen für angehende Lehrerinnen und Lehrern nicht nur ein eigenes Stipendium vergibt, sondern auch bei der Wohnungssuche, der Jobsuche für die eventuelle Begleitperson und vielem mehr unterstützt. Eine ähnliche Kooperation hätte sich die Bürgermeisterin auch bei der Neubesetzung der Chefarztstelle vorstellen können, doch "leider sind wir dabei nicht einbezogen worden", bedauert sie. So scheint die Salus sich immer mehr von dem Gedanken, die Kinderstation weiter zu erhalten, zu distanzieren. In einer erst kürzlich geänderten Stellenausschreibung heißt es: "Als zukünftiger Ärztlicher Leiter für zwei pädiatrische Standorte werden Sie den Umstrukturierungsprozess zum

ambulanten pädiatrischen Zentrum in Gardelegen und die Fokussierung zum stationären Zentrum in Salzwedel aktiv mitgestalten, gekoppelt mit alternativen Ansätzen einer zeitgemäßen und wirtschaftlichen Patientenversorgung." Binnen eineinhalb Wochen sammelten engagierte Menschen in Gardelegen und Haldensleben, der Kreisstadt des Landkreises Börde, über 14.000 Unterschriften für den Erhalt der Kinderklinik. "Das ist ein eindeutiges Signal aus der Region", betont Katharina Zacharias, SPD-Stadträtin in Haldensleben. Denn beide Städte zusammen haben rund 40 000 Finwohner, somit haben mehr als ein Drittel von ihnen unterschrieben.

Von der geplanten Bundesratsinitiative erhoffen sich die beiden Frauen ein positives Ende im kräftezehrenden Kampf "David gegen Goliath". Denn obwohl die großen privaten Klinikkonzerne deutlich schneller bei der Schlie-

ßung unrentabler Stationen agieren, bringt das momentane Ungleichgewicht in der Finanzierung auch immer mehr kommunale Krankenhäuser in Schieflage. "Kinder können sich oft noch nicht klar artikulieren, geschweige denn ihre Symptome beschreiben oder den Schmerz lokalisieren. Somit sind auch die neuen Konzepte der Telemedizin für sie eher ungeeignet." erklärt Zacharias, die selbst zweifache Mutter ist. Eltern suchen gerade in der Nacht oder am Wochenende häufig in Kinderkliniken schnelle medizinische Hilfe. In vielen dieser Fälle kann das Kind nach eingehender Untersuchung und ambulanter Behandlung die Klinik wieder verlassen. "Ich halte es nicht für zielführend den Eltern daraus einen Vorwurf zu machen", bekräftigt Mandy Schumacher. Sie sehen es als ihre kommunalpolitische Pflicht an für die bestmögliche Versorgung vor Ort weiter zu kämpfen. "Wir werden nicht so einfach aufgeben!", darin sind sich beide einig.

# Sachsen-Anhalt braucht Aufbruch statt Stillstand

Das SPD-Programm für die Landtagswahl 2021

Autor SPD Sachsen-Anhalt

Die SPD Sachsen-Anhalt setzt ihren Kurs zur Vorbereitung der Landtagswahl 2021 fort. Unter der Überschrift "Ein Land für alle" hat der Landesvorstand einstimmig einen 95-seitigen Entwurf für ein Wahlprogramm beschlossen, der in dieser Woche an alle Mitglieder zur Diskussion verschickt wurde.

"Der Titel 'Ein Land für alle' macht unseren Anspruch deutlich", so Katja Pähle, die Spitzenkandidatin zur Landtagswahl. "Wir wollen Politik so gestalten, dass alle teilhaben können. Beispiel Gesundheit: In allen Regionen muss es verlässlichen Zugang zu ambulanter und stationärer Versorgung geben. Beispiel Digitalisierung: Jedes Kind braucht zum Lernen ein mobiles Endgerät, egal wieviel die Eltern verdienen. Beispiel Klimaschutz: Alle Menschen müssen Zugang zu umweltverträglicher Mobilität haben, unabhängig von Alter, Wohnort oder Einkommen."

Für die SPD werde es ein schwieriger Wahlkampf, so Pähle, "weil wir Regierungsverantwortung tragen und gleichzeitig auf vielen Gebieten Veränderungen erreichen wollen. Aber den Spagat halten wir aus. Wir werden unsere Erfolge und die unserer Regierungsmitglieder selbstbewusst darstellen. Und wir werden zugleich deutlich machen, dass die schwierigen Mehrheitsverhältnisse im heutigen Landtag oft für politischen Stillstand sorgen. Deshalb müssen wir um andere Mehrheiten kämpfen, denn Sachsen-Anhalt braucht Aufbruch statt Stillstand."

Die SPD-Landesvorsitzende Juliane Kleemann macht den Anspruch ihrer Partei deutlich, "Politik fürs ganze Land" zu machen: "Die Unterschiede zwischen den größeren Städten und den stark ländlich geprägten Regionen macht die Vielfalt und den Charme Sachsen-An-

halts aus – einerseits. Ander-seits ist das Gefühl, mit ihrer Region ,abgehängt' zu sein, bei vielen Menschen weit verbreitet." Die SPD setzt deshalb einen starken Schwerpunkt auf konkrete Projekte, die für gleichwertige Lebensbedingungen sorgen sollen.

Kleemann nennt Beispiele: "Flächendeckende Gemeinschaftsschulen machen Bildungsabschlüsse bis hin zum Abitur überall möglich. Ein ÖPNV-Netz, das den Bus in jedes Dorf schickt, macht mobil und schont das Klima. Ein Gesundheitssystem, das auch die Vorzüge von Polikliniken wiederentdeckt, sorgt für den Zugang zu hochwertiger Medizin in allen Regionen."

An der Erarbeitung des Programmentwurfs habe eine große Zahl von SPD-Mitgliedern mitgewirkt, stellt der Vorsitzende der Programmkommission Frank Hüttemann fest: "Vor allem die Arbeitsgemeinschaften und Fachausschüsse haben viele Vorschläge eingebracht. Bis zum Landesparteitag am 7. November ist jetzt viel Zeit, um den Entwurf ausführlich zu erörtern. Dafür sind jetzt die Kreisverbände und Ortsvereine am Zug. Ich bin sicher: Wir werden noch lebhafte Diskussionen und viele Änderungsvorschläge bekommen. Denn vor jeder Wahl lösen wir den Anspruch ein: Die SPD ist Programmpartei!"

Die Überschrift des Programmentwurfs wurde zwischenzeitlich in "Politik fürs ganze Land" geändert. Dieser Beitrag wurde zuerst auf www.spdlsa.de veröffentlicht



KOMMUNAL, SOZIAL, DEMOKRATISCH

# DER DEMO-NEWSLETTER!

# **EINFACH ABONNIEREN**

Auf www.demo-online.de/newsletter

Ihre E-Mail-Adresse sowie Vor- und Nachnamen eingeben und bestellen.

Erscheint 1x im Monat. Kostenlos und aktuell.

# **Erholung und Badespaß**

# Sommerfreude unter Druck

Autor Peter Leisner, Vorsitzender der SGK Thüringen

Der Sommer ist da, die Schulferien haben begonnen, die Ferne lockt – und eigentlich könnte alles so schön sein, wie wir die Urlaubszeit kennen. Doch die Corona-Krise hat unseren Alltag nach wie vor im Griff und somit auch die schönste Zeit des Jahres.

Mittelmeerstrände bleiben zurzeit leer, Hotelanlagen mit gewaltigen Poollandschaften werden nicht genutzt. Die südeuropäischen Länder vermissen ausbleibenden Touristen, die sich bewusst in ihrer Mehrzahl für das eigene Land als Urlaubs- und Erholungsort entscheiden. Folglich melden Tourismusverbände eine starke Nachfrage bis hin zu Überlastungen von touristischer Infrastruk-



Peter Leisner, Vorsitzender der SGK
Thüringen Foto: Peter Leisner/© FÜNFZWO

tur von der Ostsee bis in die Alpen. Viele Familien entscheiden sich aus diesem Grund auch dafür, ihre Urlaubszeit zu Hause zu verbringen oder für den Kurztrip in ein nahegelegenes Erholungsgebiet.

Das ist auch gut so, da es nach den schwierigen Monaten einen erfolgreichen Anlauf im heimischen Tourismus braucht.

Doch auch vor Ort ist Corona immer noch allgegenwärtig und begleitet jeden auch beim Entspannen direkt vor der Haustür. Selbstverständliche Angebote wie zum Beispiel Bäder stehen unter wirtschaftlichem Druck.

## Druck und Hilfe für Thüringer Kur- und Erholungsorte

Regionen können sich glücklich schätzen, wenn sie für Touristen attraktiv sind. Der Wirtschaftsfaktor Inlandstourismus rückt im Stellenwert wieder deutlich auf. Das ist auch dringend notwendig, denn die Corona-Krise hat bereits im ersten Halbjahr schweren Schaden verursacht. Viele Orte, die seit Jahren hart daran gearbeitet haben, sich als touristisches, erholungs- und kurgeeignetes Reiseziel weiterzuentwickeln, verzeichneten einen Totalausfall auf allen Arbeits- und Wirkungsfeldern. Da diese Orte in der Regel von Kurbesuchern und Tourismus leben, waren die Einschnitte durch die zeit-

Anzeig

**bnr.de**blick nach rechts

"Die Bekämpfung von Rechtsextremismus ist nach wie vor ein aktuelles und zentrales Thema. Wer den 'blick nach rechts' regelmäßig liest, erkennt die aktuellen Gefahren von Rechtsaußen und kann sachkundig argumentieren."

Schirmherrin Ute Vogt

Weitere Informationen im Netz: www.bnr.de

LANDES-SGK EXTRA 07/08 | 2020 SGK Thüringen V



Das Altensteiner Schloss mit Park ist nicht nur Anziehungspunkt Tausender Gäste, sondern auch eine starke finanzielle Belastung des Kurortes Bad Liebenstein.

Foto: David Mark

weise Stilllegung von Bädern, Kurund Therapiehäusern massiv. Ausgleichsmechanismen bezüglich von fiskalischen Querverbünden sind oft kaum vorhanden.

Daher hat sich vor allem die SPD dafür stark gemacht, dass diesen Orten, die eine wichtige Säule des Thüringer Tourismus darstellen, geholfen wird. Zu dem bereits etablierten "Kurpfennig" von elf Millionen Euro, der als Sonderlastenausgleich die Übernachtungs- und Bettenzahl berücksichtigt, werden fünf Millionen Euro einmalig für die Kurorte dazu gegeben.

Ebenso erhalten die Erholungsorte des Freistaates einen Zuschuss von fünf Millionen Euro. Weiterhin werden weitere fünf Millionen Euro an die Kurorte verteilt, die eine Therme besitzen und somit für das Umland als auch für die eigene Attraktivität als Kurort eine besondere Belastung bewältigen müssen. Die rot-rot-grüne Regierungskoalition und die CDU sind diesem Vorschlag gefolgt.

Die Hilfe für Kurorte und Bäder ist ein zutiefst sozialdemokratisches Projekt. Würden wir die betreffenden Gemeinden alleine lassen, wären Millionen von Investitionen in die öffentliche Infrastruktur unwiederbringlich vernichtet. Es müssten Mitarbeiter entlassen und Ausbildungsverhältnisse beendet werden. Die Hilfe seitens des Landes wurde positiv bewertet. Sollte allerdings eine erneute Welle von Infektionen das Land erreichen, wird es noch weitere Überlegungen brauchen, wie das wichtige Kur- und Erholungswesen in Thüringen zu schützen ist.

# Bäder sind Daseinsvorsorge, oder!?

So wichtig der Schritt gewesen ist, die Kur- und Erholungsorte mit Soforthilfen zu unterstützen, so richtig ist die Forderung aus der kommunalen Familie, dass es vergleichbare Unterstützung für die kommunale Bäderstruktur braucht. Denn die Krise bzw. der aus ihr folgende Lockdown hat die wirtschaftliche Basis von Schwimmbädern der öffentli-

chen Hand aufgeweicht. Der Wegfall der Eintrittsgelder, weiterlaufende Fixkosten, erhöhte Mehrbelastung durch Hygienestandards, weniger Besucher bei Wiedereröffnung, weitergehende Schließung von Saunabereichen sind alles Faktoren, die die Betriebsergebnisse in einem besonderen Maß nach unten drücken. Folglich müssen die Träger der Bäder, die Städte, Gemeinden oder ihre Gesellschaften, die Verluste ausgleichen. Es ist kein Geheimnis, dass öffentliche Schwimmbäder auch in guten Zeiten einer Bezuschussung unterliegen, da die Aufwendungen für den Betrieb sowieso weit über den geplanten Einnahmen liegen. Das ist soweit unproblematisch, da die Schwimmbäder eine wichtige Säule der lokalen Gesundheitsvorsorge und des kulturellen Gemeinwesens erfüllen. Ein öffentliches Bad vorzuhalten ist daher kein Luxus. sondern lässt sich in einer sozialen Gesellschaft vielmehr der öffentlichen Daseinsvorsorge zurechnen. Das wird mit Blick auf den Schwimmunterricht für die Grundschülerinnen und Grundschüler besonders deutlich. Seit Jahren geht die Zahl der Kinder zurück, die vor der Schule bereits das Schwimmen lernen. Der Schwimmunterricht ist daher umso wichtiger. Dieser Erkenntnis folgend sind in den letzten Jahren immer wieder die Forderungen ergangen, das bereits eingesetzte kommunale Bädersterben zu beenden.

Denn gerade mit Blick auf den starken Einbruch des Steueraufkommens durch die Corona-Krise werden die kommunalen Träger unter massiven Druck geraten, Betrieb- und Investitionskosten genauso zu tragen, wie in der Vergangenheit.

Daher braucht es auf allen Ebenen, staatlich und kommunal, einen Pakt, um sich die Verantwortung für die großen Aufwendungen der öffentlichen Bäderlandschaft zu teilen.

## Peter Leisner im Web

www.facebook.com/peter.leisner.7 /www.instagram.com/petegth/ peter.leisner@tmik.thueringen.de VI SGK Thüringen

# Novelle der Thüringer Kommunalordnung

Janine Merz (SPD) weist Kritik der Opposition zurück

Pressemitteilung der SPD-Fraktion im Thüringer Landtag

Mit Verwunderung nahm die kommunalpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion Janine Merz die Äußerungen der Opposition zur Änderung der Thüringer Kommunalordnung zur Kenntnis: "Die CDU hantiert teilweise mit Falschbehauptungen, die mit dem Gesetzentwurf der Koalitionsfraktionen nichts zu tun haben." So ist beispielsweise nicht vorgesehen, den Bürgermeistern und Landräten grundsätzlich den Vorsitz für Gemeinderats- und Kreistage zu verwehren, wie es die CDU behauptet. Vielmehr sollen Gemeinderäte und Kreistage künftig in der ersten Sitzung nach der Wahl entscheiden, wer den Vorsitz führt. Das kann bereits jetzt entweder ein gewähltes Mitglied des Gemeinderats oder Kreistags oder aber der Bürgermeister oder Landrat selbst sein. Lediglich die erste Sitzung soll künftig vom ältesten Mitglied geleitet werden.

## CDU zeichnet bürgerfeindliches Bild von Bürgermeistern und Landräten

"Insgesamt zeichnet die CDU durch ihre Äußerungen ein falsches und regelrecht bürgerfeindliches Bild der Bürgermeister und Landräte Thüringens", so Merz weiter. "In vielen Gemeinden und Landkreisen



Janine Merz, Kommunalpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion in Thüringen

Foto: Tino Sieland

gibt es heute bereits Einwohnerfragestunden, Jugendparlamente oder andere Beiräte. Insofern vollzieht der Gesetzentwurf der Koalition nur nach, was vielerorts schon kommunale Praxis ist." Auch die Kritik, die Koalition habe ein mündliches Anhörungsverfahren im Innen- und Kommunalausschuss verhindert, wies Janine Merz entschieden zurück. Aus Rücksicht auf die Hygienebestimmungen wegen des Coronavirus ist einvernehmlich ein schriftliches Anhörungsverfahren mit den Ausschussmitgliedern der Union vereinbart worden. Zudem könne die Koalition alleine eine mündliche Anhörung gar nicht verhindern. "Das jetzt zu kritisieren ist unredlich und passt nicht zum propagierten Selbstbild der CDU als konstruktive Opposition."

## Jetzt nicht die ThürKO-Änderung gefährden!

Janine Merz warnte die CDU-Fraktion davor, durch ihr Agieren notwendige Änderungen der Thüringer Kommunalordnung zur gefährden: "Es ist unstrittig, dass sich alle Partner bewegen müssen. Auch über bürokratische Belastungen durch

die Änderungen muss man reden. Das sollte aber nicht den Blick dafür verstellen, dass es dringenden Änderungsbedarf in der Kommunalordnung gibt, etwa im Bereich der wirtschaftlichen Betätigung in der öffentlichen Daseinsvorsorge oder digitaler Sitzungen. Auch dem gestiegenen Bedürfnis der Bürgerinnen und Bürger nach Transparenz und Beteiligung sollten wir durch die Novelle Rechnung tragen. Ich fordere die CDU deshalb auf, mit uns konstruktiv an Lösungen zu arbeiten, statt Falschbehauptungen in die Welt zu setzen", so die Kommunalpolitikerin Janine Merz abschließend.

## Janine Merz im Web

www.janine-merz.de www.facebook.com/janine.merz.7 www.instagram.com/hallo\_janine/ janine.merz@spd-thl.de

## Info

Die Corona-Pandemie stellt seit vielen Monaten für Thüringer Kommunen eine Herausforderung dar. Den neuen Gegebenheiten will die rot-rot-grüne Regierung in Thüringen mit einer Reihe von Anpassungen der ThürKO Rechnung tragen. Insbesondere die Möglichkeit, online zu tagen, aber auch eine breitere Einbindung der Bürger\*innen vor Ort stehen im Fokus der Novellierung. Letzteres stößt dabei auf Kritik bei der größten Oppositionsfraktion im Landtag.

Anzeige



# MEHR INFOS. MEHR HINTERGRÜNDE.

Mit Blickpunkt, Aktuelles, Kommunal-Blog, DEMO-Kommunalkongress, Reporte, u.v.m.

SGK Sachsen VII

### **Breitbandausbau:**

# Dresden beseitigt weiße Flecken

Erschließung von Stadtrandgebieten – 2.900 Adressen neu angebunden

**Autor** Dr. Peter Lames, Landesvorsitzender der SGK Sachsen und Finanzbürgermeister der Landeshauptstadt Dresden



Damit in Zukunft wirklich alle Teile Dresdens mit schnellem Internet erschlossen sind, nimmt die Stadt viel Geld in die Hand.

Foto: pixabay.com

Breitbandanschlüsse gehören zur modernen Infrastruktur. Zu lange aber hat die öffentliche Hand darauf vertraut, dass der Markt von sich aus die Erschließung sicherstellt. Selbst in einer Stadt wie Dresden gibt es heute noch unterversorgte Adressen. Zwar verfügen drei von vier Adressen über eine Versorgung von mehr als 1.000 Mbit/s und mehr, aber zwei Prozent der Adressen liegen unter der für die Förderung relevanten Aufgreifschwelle von 30 Mbit/s. Jetzt konnte nach jahrelanger Arbeit hinsichtlich Konzeption, Ausschreibung, Anpassung an sich wandelnde Förderbedingungen, Zuschlag und Finalisierung des Ausbauvertrages der Vertrag mit dem beauftragten Unternehmen, der Vodafone Deutschland GmbH, geschlossen werden.

## Bessere wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Der Ausbau soll in den kommenden zwei Jahren 1.400 Adressen und damit ca. 3.200 Haushalte erreichen. Sie erhalten einen kostenlosen Anschluss. Das gilt auch für 1.500 Adressen, die zwar nicht der Förderung unterliegen, die aber im Zuge des geförderten Projekts eigenwirtschaftlich von Vodafone miterschlossen werden, was erst durch das Förderprojekt wirtschaftlich darstellbar geworden ist. Diese Adressen befinden sich zumeist am Stadtrand von Dresden. Es ist aber zu hoffen, dass durch Stärkung und Ausbau des Gesamtnetzes die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für den weiteren Netzausbau insgesamt verbessert werden.

# Wirtschaftlichkeitslücke durch Stadt geschlossen

Bei erwarteten Gesamtkosten von 26,2 Millionen Euro beträgt die durch öffentliche Mittel zu schließende Wirtschaftlichkeitslücke 21.1 Millionen Euro. Trotz des erheblichen Mitteleinsatzes von Bund und Freistaat droht Verärgerung in der Bevölkerung. Denn die Förderbedingungen lassen eine Förderung in solchen Gebieten nicht zu, in denen ein Telekommunikationsunternehmen einen eigenwirtschaftlichen Ausbau beabsichtigt und dies im Förderverfahren erklärt hat. Eine Garantie für eine Erschließung ist eine solche Erklärung noch lange nicht. Es bleibt auch hier nur die Hoffnung, dass die Vorhaben verwirklicht werden, und zwar unter Gewährleistung einer guten Anschlussqualität. Denn

für die Einwohnerinnen und Einwohner kommt es am Ende darauf an, ob sie an der digitalen Welt von zu Hause aus teilhaben können oder nicht.

## Stadtnetz für kommunale Einrichtungen

Für die Erschließung ihrer eigenen Einrichtungen setzt die Landeshauptstadt auf die eigene "physische Faser", wie es so schön heißt. So werden im Stadtgebiet die Schulen und Kindertagesstätten, Verwaltungsstandorte, Bibliotheken, Kultureinrichtungen, Feuerwehr- und Rettungsdienststandorte und ausgewählte Sportanlagen im Projekt "Stadtnetz 500+" mit eigenen Glasfaserleitungen erschlossen.

Auch so entsteht ein stadtweites Netz, das Interessenten diskriminierungsfrei zur Verfügung steht, wenn sie zur Herstellung eigener Verbindungen Teile des Netzes der Stadt nutzen wollen. Förderfähig ist dieser kommunale Beitrag zur Infrastruktur nicht.

# Leipziger Förderprogramm für Lastenräder erfährt großen Zuspruch

Beitrag für nachhaltige Mobilität – Fördermittel schnell vergriffen

Autor SPD-Fraktion Leipzig

Nachdem bereits die ersten 75.000 Euro ausgereicht wurden, geht das Förderprogramm der Stadt Leipzig für Lastenräder in die zweite Runde. Die Fördermittel der ersten Runde waren schnell vergriffen. "Wir freuen uns sehr darüber, dass das Förderprogramm für Lastenfahrräder eine so große Resonanz findet, und sind der Überzeugung, dass Lastenfahrräder ein Baustein für eine nachhaltige Mobilität sind. Lastenräder werden eine immer größere Rolle bei der Neuorganisation des urbanen Verkehrs spielen, denn sie können zur Verringerung von Verkehren führen und die Parkplatzsituation entlasten, was insbesondere für den dicht besiedelten innerstädtischen Bereich von Vorteil ist", erklärt SPD-Fraktionschef Christopher Zenker.



Lastenräder können einen wichtigen
Beitrag zu einer modernen urbanen
Mobilität leisten. Foto: unsplash.com

## **Erfolgreicher SPD-Antrag**

Im Oktober 2017 wurde der Antrag der SPD-Fraktion, mit dem ein Förderprogramm für Lastenfahrräder geschaffen werden sollte, im Stadtrat mehrheitlich beschlossen. Im Rahmen der Verhandlungen um den Doppelhaushalt 2019/20 ist es durch einen Haushaltsantrag von Christopher Zenker schließlich gelungen, das Programm auch finanziell mit 150.000 Euro zu untersetzen.

# Alternative Mobilitätskonzepte unterstützen

"Die gute Annahme des Förderprogramms zeigt, dass Leipziger Unternehmen weiter sind als so manche Ratsfraktion. Bei der Verabschiedung stieß der Antrag in Teilen auf Häme, da sich einige Fraktionen nicht vorstellen konnten, dass es mit Lastenfahrrädern auch möglich ist zum Beispiel Pakete auszuliefern. Die damaligen Kritiker sind nun sicher von der Realität und dem großen Zuspruch, den das Programm erfährt, eines Besseren belehrt worden", so Zenker. Aus seiner Sicht sind alternative Mobilitäts- und Transportkonzepte für viele Unternehmen durchaus ein Thema. Solche Initiativen sollten auch weiterhin entsprechend der Möglichkeiten als Kommune gefördert werden.

VIII **SGK** Sachsen **LANDES-SGK EXTRA** 07/08 | 2020

# Sachsen-Koalition will sächsisches Kommunalrecht weiter modernisieren

Mehr Bürgerbeteiligung, mehr Transparenz und Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung

Autor Albrecht Pallas, kommunalpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion

Im Koalitionsausschuss am 23. Juni haben die Regierungs-Partner aus CDU, Grünen und SPD einen Fahrplan und Schwerpunkte für umfangreiche Änderungen der Sächsischen Gemeindeordnung, der Sächsischen Landkreisordnung und des kommunalen Wahlrechts vereinbart. Dieses bereits im Koalitionsvertrag vereinbarte Vorhaben soll nun mit Volldampf umgesetzt werden. Der Kabinettsentwurf soll bis Jahresende stehen. Der Landtag könnte die Novelle bis zur Sommerpause 2021 verabschieden.

Mit der Novelle stärken wir die Städte und Gemeinden als die Herzkammern unserer Demokratie. Hier werden demokratische Prozesse und politisches Engagement am unmittelbarsten für Bürgerinnen und Bürger erfahrbar.

## Macht teilen – Bürger besser mitentscheiden lassen

Um den gesellschaftlichen Verwerfungen zu begegnen, müssen wir die Bürger besser mitentscheiden lassen. Es geht darum, Macht zu tei-

## Verantwortlich für den Inhalt:

SGK Sachsen-Anhalt e.V. Bürgelstraße 1, 39104 Magdeburg Redaktion: Philipp Neuendorf, Telefon/Fax: (0391) 25 85 75 54 info@sgk-lsa.de www.sgk-lsa.de

SGK Thüringen e.V. Juri-Gagarin-Ring 158, 99084 Erfurt Redaktion: Vincent Ackermann Telefon: (0361) 228 44 21 info@sak-thueringen.de www.sgkthueringen.de

SGK Sachsen e.V. Kamenzer Str. 12, 01099 Dresden Redaktion: Karin Pritzel, Jutta Müller, Stefan Engel Telefon: (0351) 21 670 91 kontakt@sgksachsen.de www.sgksachsen.de

Verlag: Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft, Stresemannstraße 30, 10963 Berlin Telefon: (030) 255 94-100 Telefax: (030) 255 94-192

Anzeigen: Henning Witzel

Litho: Satzstudio Neue Westfälische GmbH & Co. KG **Druck:** J.D. Küster Nachf. + Pressedruck GmbH & Co. KG, Industriestraße 20, 33689 Bielefeld



Albrecht Pallas ist seit 2014 Mitglied des Sächsischen Landtages und war zuvor auch selbst Stadtrat in Dresden.

Foto: Julian Hoffmann, 2020

len. So wollen wir die Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung ausbauen. Wir senken die Hürden für die Beteiligung (landesweit fünf Prozent) und Zustimmungserfordernisse (15 Prozent statt 25 Prozent). Wir schaffen die Grundlage dafür, dass Kommunen sogenannte Bürgerbudgets einführen. Damit erhalten Bürger in ganz Sachsen die Möglichkeit. Ideen für ihr Dorf oder ihre Stadt direkt mit umzusetzen. Die Gelder sollen in einem unbürokratischen Verfahren bereitgestellt werden.

## Mandatsträger und Fraktionen stärken

Die Arbeit der Gemeinde- und Kreisräte stärken wir beispielsweise durch neue Transparenzregeln, z.B. bei Einsicht in Akten und der Veröffentlichung von Beratungsunterlagen. Mit einheitlichen Regelungen zur Mindestgröße von Fraktionen (fünf Prozent bzw. mindestens zwei Personen)

soll Rechtsklarheit geschaffen werden. Mit einer klaren Regelung in der Landkreisordnung und einer neuen Rechtsverordnung sichern wir eine angemessene Finanzierung der Arbeit in den Fraktionen und legen Mindestentschädigungen für Mitglieder von Kreistagen und Räten fest.

# Vielfalt im Wahlrecht widerspiegeln – Bewerber schützen

Die vielfältigere Parteienlandschaft spiegelt sich noch nicht im Kommunalwahlrecht. Deshalb ersetzen wir das Höchstzahlenverfahren nach d'Hondt durch ein anderes geeignetes Regelverfahren. Durch D'Hondt kommt es bei der Berechnung von Sitzzuteilung zu Nachteilen für kleinere Fraktionen, die wir vermeiden wollen. Zudem sollen zukünftig Einsprüche gegen ein Kommunal-Wahlergebnis nicht mehr von Unterstützerunterschriften abhängig sein.

Wir wollen zukünftig Wahl-Bewerber besser schützen. Dazu sollen diese bei der bisher notwendigen Angabe ihrer Adresse zukünftig wählen können, ob sie die Anschrift oder nur den Wohnort angeben. Es ist ein Erfolg, dass wir diese SPD-Forderungen nach jahrzehntelangem Kampf insbesondere der CDU abringen konnten.

## **Kleine Corona-Novelle**

Unabhängig von der großen Novelle beraten die Koalitionsfraktionen aktuell über weitere kurzfristige Änderungen des Kommunalrechts, die sich aus den Erfahrungen mit der Corona-Pandemie ergeben. Dazu gehören die Anpassung des Kommunalwahlrechts und mögliche weitere Anpassungen, um in pandemiebedingten Notlagen die Arbeit der Gemeinderäte und Kreistage durchgängig zu ermöglichen, bspw. durch eine Rechtsgrundlage für Sitzungen der Räte in Form von Videokonferenzen.